

Bischof Dr. Martin Hein, Kassel

Gott in der Verfassung?

**Eine zeitgemäße Erinnerung an die Grundlagen unseres Gemeinwesens
im vereinten Europa**

1. Die Ausgangslage in Europa

„Es waren schöne glänzende Zeiten, wo Europa ein christliches Land war, wo eine Christenheit diesen menschlich gestalteten Weltteil bewohnte; Ein großes gemeinschaftliches Interesse verband die entlegensten Provinzen dieses weiten geistlichen Reichs.“ So verherrlichte der Dichter Novalis an der Schwelle zum 19. Jahrhundert das christliche Abendland.

Längst freilich war die Einheit Europas zerbrochen, als er dies niederschrieb. Aber es ist zu spüren: Die Gleichsetzung der *ganzen* europäischen Lebenswelt mit der *einen* Christenheit hatte etwas Faszinierendes, denn sie verschaffte Selbstbewußtsein; sie gab Sicherheit und Orientierung.

Angesichts der beschlossenen Erweiterung der Europäischen Union um weitere zehn Staaten stellt sich nun erneut die Frage, wie unter völlig veränderten Lebensbedingungen eine gemeinsame europäische Identität, wie Orientierung und Vergewisserung über den künftigen gemeinsamen Weg dieser Staatengemeinschaft hergestellt werden können. Aus diesem Erfordernis heraus entstand die Überlegung, sich in einer europäischen Verfassung über die Werte zu verständigen, die alle in Europa achten und die zum Bezugspunkt der gemeinsamen Politik werden sollen.

Dreizehn Jahre nach dem Fall der Grenzen mitten durch Europa hindurch haben zehn Länder in Mittel- und Osteuropa die Kriterien für eine Aufnahme in die EU weitgehend erfüllt. Wirtschaftliche, soziale und rechtliche Rahmenbedingungen mußten etwa in Polen, Tschechien, Ungarn oder Estland für den bevorstehenden Beitritt an die bestehenden Regelungen und Gegebenheiten der Europäischen Union angeglichen werden. Denn es war klar:

Erst wenn ein bestimmtes Maß an Übereinstimmung erreicht ist und die wirtschaftlichen Rahmendaten stimmen, kann der Eintritt in die EU ernsthaft erwogen werden. Dazu gehört auch ein verlässliches demokratisches Rechtssystem, das auf den Grundrechten aufbaut.

Nun wissen wir: Es sind nicht allein Länder des sogenannten „christlichen Abendlands“, die zur EU gehören wollen. Auch die Türkei dringt seit vielen Jahren auf den Beitritt. Beim letzten Gipfel der europäischen Regierungschefs kämpfte sie um eine feste Zusage für einen Termin, zu dem die Aufnahmeverhandlungen beginnen sollten. Der große Abstand zu den wirtschaftlichen Verhältnissen, aber auch Schwächen in der demokratischen Kultur der Türkei (z. B. bei der Anerkennung von Minderheitenrechten und Menschenrechten) machen allerdings deutlich, daß da noch eine ordentliche Wegstrecke zurückzulegen ist. Viele Bürgerinnen und Bürger sehen bei uns einem möglichen Beitritt der Türkei mit Vorbehalten entgegen. Erstaunlicherweise stehen dabei meist aber nicht die Menschenrechte oder die wirtschaftlichen Grunddaten des Landes im Mittelpunkt. Nein, die Ablehnung wird mit der anderen, der fremden Religion begründet – und dies vielfach auch von solchen Menschen, die ihre eigene religiöse Herkunft, Prägung und Tradition kaum kennen oder leben.

Gegenwärtig leben in Deutschland etwa drei Millionen Muslime, in der EU sind es fünfzehn Millionen. Das entspricht bereits der Größe eines mittleren Staates! Der Beitritt der Türkei würde also die religiösen Gewichte in der EU noch deutlicher verschieben. Was sollte angesichts dieser Sachlage und dem Bedürfnis, eine europäische Identität zu begründen, getan werden?

2. Der Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents

Vor wenig mehr als einem Jahr, am 14./15. Dezember 2001, wurde der „Europäische Konvent zur Zukunft Europas“ beim Treffen der Staats- und Regierungschefs in Belgien beauftragt, „die wesentlichen Fragen zu prüfen, die die zukünftige Entwicklung der Union“ aufwirft. Inzwischen hat sich dieser Konvent unter der Leitung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten

Valéry Giscard d'Estaing entschieden, einen europäischen Verfassungsvertrag zu erarbeiten.

Dies geht über den ursprünglichen Auftrag des Konvents hinaus, wurde aber inzwischen beim Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs im Juni 2002 in Sevilla akzeptiert.

105 Vertreter aus dem europäischen Parlament, der europäischen Kommission, den nationalen Regierungen und den nationalen Parlamenten aller Mitgliedsstaaten arbeiten in dieser Verfassungsversammlung. Auch die neuen Mitgliedsstaaten der EU sind bereits durch Regierungs- und Parlamentsvertreter beteiligt, so daß in die neue Verfassung sehr unterschiedliche Sichtweisen und Erfahrungen einfließen werden.

Selbstverständlich hat der Präsident des Konvents mit seinem französischen Hintergrund auf viele Dinge eine eigene Sichtweise und entsprechenden Einfluß. Die Geistesbewegung der Aufklärung in Frankreich – denken wir nur an die Französische Revolution - verlief wesentlich kirchenkritischer, ja kirchenfeindlicher als in Deutschland. Sie wollte damals alle Gesellschaftsbereiche allein der menschlichen Vernunft unterordnen und verstand die Religion als schlichtweg widervernünftig. Daher ist heute das Verhältnis von Kirche und Staat in Frankreich ganz anders gestaltet als bei uns. Frankreich hat infolge der Aufklärung und der dortigen Revolution eine strikte Trennung von Staat und Kirche durchgeführt. Die Kirchen besitzen eher einen privatrechtlichen Status. Das schränkt ihre Gestaltungschancen und Mitwirkungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum von vornherein bewußt ein.

In Deutschland verlief die Entwicklung anders: Am Ende des Kaiserreiches, nach dem Zerbrechen des Bündnisses von Thron und Altar, wurden die Kirchen als Körperschaften des öffentlichen Rechts etabliert. Dies bedeutet seither ein Miteinander und Gegenüber von Staat und Kirche, ein geordnetes Rechtsverhältnis, in dem klare Aufgabenzuweisungen beschrieben sind, die von beiden Vertragspartnern eingehalten werden. Davon betroffen sind z.B. die Seelsorge in Gefängnissen, der Religionsunterricht in staatlichen Schulen, der Dienst der Kirche in der Bundeswehr oder die Betreuung von Kindern in

konfessionellen Kindergärten oder die Wahrnehmung sozialer Aufgaben. Überall ist das deutsche System auf die Zusammenarbeit und nicht die radikale Trennung von Staat und Kirche ausgelegt!

An dem gegenwärtigen Entwurf einer europäischen Verfassung ist nun freilich die grundsätzliche Ausrichtung am französischen Vorbild spürbar. Seit dem 28. Oktober 2002 existiert ein erster Vorschlag für einen Verfassungsvertrag. Dem gesamten Text – und das macht die Frage für uns heute interessant - soll eine Präambel vorangestellt werden, wie wir das auch von unserem deutschen Grundgesetz kennen. Und dabei ist aus meiner Sicht die Frage wichtig, ob der europäische Konvent bereit ist, in dieser Präambel den sogenannten „Gottesbezug“ herzustellen oder nicht.

In den Verfassungsvertrag soll die sogenannte Grundrechtecharta der Europäischen Union in einer noch näher zu bestimmenden Form aufgenommen werden. Deren Präambel könnte als Vorlage für den Vorspruch des Verfassungsvertrages dienen. Bisher sagt diese Präambel allein, daß sich die Europäische Union im „Bewußtsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes“ auf die Werte der Menschenwürde, der Freiheit, Gleichheit und Solidarität gründet, die wir seit der Französischen Revolution kennen. Das ist viel – und doch kann es nicht genügen.

3. Die kirchlichen Interessen

Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich Anfang November 2002 grundsätzlich positiv zum gegenwärtigen Stand der Beratungen geäußert.

Freilich gibt es einige Abstriche:

Auch wenn es unbestritten ist, daß in Europa künftig die Gewissens- und Religionsfreiheit garantiert werden soll, muß man doch feststellen, daß die Regelungen zum Verhältnis von Staat und Kirche in Deutschland bisher weit über diese Minimalaussage hinausgehen. Ich fände es jedenfalls problematisch, wenn etwa der bei uns recht strikt geregelte Schutz des

Sonntags und der Feiertage auf dem Umweg über europäische Regelungen, die eine freie wirtschaftliche Betätigung absichern wollen, gekippt würde und unsere Geschäfte sieben Tage rund um die Uhr geöffnet wären.

Ebenso schätze ich es sehr kritisch ein, wenn über das sogenannte „Antidiskriminierungsgebot“, wonach kein Mensch wegen seiner Geschlechtszugehörigkeit, seiner Rasse oder seiner Religion Nachteile erfahren darf, etwa von einem Leiter einer diakonischen Einrichtung oder einer Erzieherin im evangelischen Kindergarten nicht mehr die innere Loyalität erwartet werden könnte, die meiner Überzeugung nach nötig ist. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die an exponierter Stelle für die evangelische Kirche arbeiten, müssen mindestens so weit für die Kirche eintreten, daß sie ihr wenigstens angehören!

Darum ist es nötig, daß in den Verfassungsvertrag eine Regelung aufgenommen wird, wonach die Europäische Union den rechtlichen Status der Kirchen und Religionsgemeinschaften im Rahmen der nationalen Eigenheiten achtet und nicht beeinträchtigt. Wir als Kirchen nehmen es ernst, wenn der Verfassungsentwurf von einer Demokratie spricht, die eine möglichst intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den demokratischen Entscheidungen vorsieht. Deshalb bringen wir uns in die anstehenden Entscheidungsprozesse ein.

Man kann allerdings nachfragen, warum die christlichen Kirchen an diesem Punkt so beharrlich sind. Die Besonderheit der Kirchen besteht aus meiner Sicht darin, daß sie in der Gesellschaft nicht für Teilinteressen eintreten, sondern die gesamte Gesellschaft in den Blick nehmen wollen.

Und dabei wird deutlich: Das Zusammenleben der Menschen unterschiedlicher Herkunft in Europa stützt sich auf Werte, die diese Gemeinschaft nicht selbst hervorbringen kann. Für das Gelingen eines friedlichen Zusammenlebens in Europa ist es von entscheidender Bedeutung, daß eine Instanz ohne Rücksicht auf Einzelinteressen und Eigeninteressen den *unbedingten* Schutz der Würde des Menschen, die Toleranz und Respektierung des Anderen und des Fremden, die Verpflichtung auf Frieden und Freiheit, Gerechtigkeit und

Rücksicht auf die Schöpfung unbeirrt vertritt. Und diese Instanz will die Kirche ihrem eigenen Anspruch nach sein!

4. Die Verantwortung vor Gott und den Menschen

Ich habe bereits erwähnt, daß ich mit den bisherigen Aussagen zur Bedeutung der Kirchen im europäischen Verfassungsvertrag unzufrieden bin.

Konkret geht es mir darum, daß in der Präambel nicht nur in allgemeiner Weise das „geistig-religiöse und sittliche Erbe“ erwähnt wird. Ich wünschte mir vielmehr, die Mitglieder des Konventes würden betonen, daß sich die Menschen Europas diese Verfassung ausdrücklich *„in Verantwortung vor Gott und den Menschen“* geben.

Warum ist mir das so wichtig? Sicher ist Ihnen bekannt, daß ich damit eine Formulierung aus dem Grundgesetz aufgreife. Allerdings geht es mir nicht in erster Linie um eine bloße Übernahme dieses Wortlauts in den europäischen Verfassungsvertrag. Es geht mir vielmehr darum, daß ich von der inneren Aussagekraft dieser Formel überzeugt bin und sie als Vorspruch einer neuen europäischen Verfassung für eminent wichtig halte.

Unsere Verfassungsväter und -mütter haben 1949 diese Formulierung als Vorspruch vor das Grundgesetz plazierte auf dem Hintergrund der gemeinsamen Erfahrung eines totalitären Regimes, dem außer der eigenen Ideologie nichts heilig war. Der absolute Führer verlangte im absoluten Staat absoluten Gehorsam bis zum absoluten Opfer! Die Folge war, wir wissen es, die absolute Katastrophe.

Es war der spätere erste Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuß, ausgerechnet ein Mitglied einer liberalen Partei, der sich damals im Parlamentarischen Rat mit dem Textvorschlag *„in Verantwortung vor Gott und den Menschen“* durchsetzte. Die früheren deutschen Verfassungen bzw. deren Entwürfe, die Verfassung der Paulskirche von 1849, die Verfassung des Bismarckreiches von 1871 und die Weimarer Verfassung enthielten einen solchen religiösen Bezug nicht.

Es ging 1949 bei der Erwähnung Gottes an dieser Stelle keineswegs um eine Konzession an die Kirchen. Vielmehr hat die Nennung des Gottesnamens an dieser Stelle eine politische Bedeutung, einen Gehalt, der über das geistig-religiöse und sittliche Erbe hinausgeht.

Wer sich auf Gott bezieht, weist alle absoluten Machtansprüche staatlicher Willkür zurück. Darum geht es! Vor dem Hintergrund der jüngeren deutschen Geschichte, übrigens beider deutscher Staaten, ist das eine außerordentliche Errungenschaft, die zu Recht nach der Wiedervereinigung Deutschlands gegen alle Kritik beibehalten wurde.

Trotzdem will ich mich gerne kritischen Rückfragen stellen. Und die lauten heute: Ist solch eine Erwähnung Gottes in einer Verfassung der Europäischen Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts wirklich noch angemessen?

Ich antworte hierauf: Ja. Gerade die europäische Geschichte ist bis in die jüngste Zeit hinein voll von Beispielen unbedingter staatlicher Gewalt. Die Diktaturen in Europa haben unsägliches Leid über die Menschen gebracht. Sie hatten, so gut es eben ging, in ihrem Machtbereich Gott abgeschafft. Die Formel „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ will die Völker Europas daran erinnern, daß nie wieder der Gedanke der Nation, der Rasse, des Staates oder der Ideologie absolute Geltung zu Lasten der Menschen erhalten soll.

Aber schnell taucht eine weitere Rückfrage auf: Ist solch eine Formulierung den Bürgerinnen und Bürgern Europas in einer Zeit überhaupt noch zumutbar, in der viele keiner Kirche oder Religionsgemeinschaft mehr angehören? Auch hier meine ich, daß ein klares Ja angezeigt ist.

Zunächst muß man sich doch verdeutlichen, daß es sich in der Formulierung unseres Grundgesetzes, wenn es von der „Verantwortung vor Gott“ spricht, nicht um eine unmittelbare Anrufung Gottes handelt. Insofern hat dieser Satz auch keinen Bekenntnischarakter. Er benennt vielmehr die Quelle, aus der die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung gespeist wird: *aus* Gott! Zugleich ist sie der Ort, vor dem sich Verantwortung bewähren muß: *vor* Gott.

Daß es Menschen gibt, die aus anderen Motiven heraus Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen, will ich nicht bestreiten, auch wenn nach meiner persönlichen Überzeugung Verantwortung in letzter Konsequenz immer nur aus einer Quelle begründet werden kann, die der menschlichen Verfügung entzogen ist. Im tiefsten Grunde ist jede echte Gewissensentscheidung in einer Dimension außerhalb unserer selbst verankert, die wir Christen „Gott“ nennen - auch wenn dies den betreffenden Menschen gar nicht bewußt ist oder sie es sogar negieren sollten.

Um nicht mißverstanden zu werden: Ich fordere von niemandem, seine Verantwortung „vor Gott“ als Ausdruck eigener Religiosität zu verstehen. Schwierig finde ich allerdings, wenn mit dem Argument des Minderheitenschutzes und dem Gedanken einer vermeintlichen religiösen Neutralität der EU versucht würde, den Gottesbezug in der Präambel bewußt zu verhindern. Auch ich stehe voll und ganz hinter der Unterscheidung von Staat und Kirche. Für mich ist es selbstverständlich, daß sich der Staat aus religiösen Dingen heraus halten muß und sich die Kirche keine staatliche Macht anmaßen darf. Diese Einsicht ist eine Errungenschaft der Reformation. Aber gerade, weil die Formulierung „in Verantwortung vor Gott“ keinen Bekenntnischarakter hat, ist sie für nichtreligiöse Menschen zumindest *nachvollziehbar*.

Doch ich gehe noch einen Schritt weiter: Menschen, die zeitweilig oder dauernd keinen Zugang zum christlichen Glauben finden, die sozusagen in Glaubensfragen „unmusikalisch“ sind (wie das der Philosoph Jürgen Habermas von sich selbst gesagt hat), müßten den Gottesbezug in der Präambel der europäischen Verfassung sogar *unterstützen* können. Denn er erinnert an die Grenzen unserer menschlichen Fähigkeiten, Möglichkeiten und unserer Verantwortung - nicht, um uns zu demütigen oder klein zu halten, sondern um uns von der Last zu befreien, für alles und jedes selbst die Bürde einer letzten Verantwortlichkeit zu übernehmen. Viele der gegenwärtigen Probleme im Bereich der Politik sind so komplex, daß die Einflußmöglichkeiten der Politik nur noch gering sind. Die Fragen von Arbeitslosigkeit, Terrorismusabwehr oder Klimaveränderungen lassen sich weder durch eine Anordnung oder ein Programm noch durch nationale Regelungen oder europäische Absprachen

einfach beantworten. Viele dieser Probleme entziehen sich dem unmittelbaren Zugriff von Politikerinnen und Politikern. Da kann der Bezug auf Gott auch vor absoluten Erwartungen an die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik bewahren. Es tut Politikerinnen und Politikern, aber ebenso Bürgerinnen und Bürgern gut, die Grenzen der eigenen Macht immer wieder im Blick zu halten.

Der Gottesbezug verhilft dazu, sich den drohenden Verabsolutierungen gesellschaftlicher Bereiche zu entziehen. Ich denke an den Machbarkeitswahn einer aller ethischen Schranken entledigten Wissenschaft und Technik oder an die Vorstellung vom Markt und seinen Absatzchancen und Konsummöglichkeiten als gewissermaßen letzter Offenbarung, ich denke an die Versprechen ewiger Jugend und Heilung um jeden Preis. Wenn wir diese Bedrohungen oder Verführungen ernst nehmen, merken wir schnell: Ein Gottesbezug auch in der Präambel des Europäischen Verfassungsvertrags steht im Dienst der Menschen in Europa, konkret: im Dienst ihrer Würde und ihrer Freiheit, ihr Herz nicht an Dinge und Mächte zu hängen, die erfülltes Leben doch nur vorspiegeln. Mit anderen Worten: Weil der Gottesbezug so eine hohe Bedeutung für das friedliche und gerechte Zusammenleben der Menschen in Europa hat, also wegen seines rechtlichen Gehaltes und seiner gesellschaftlichen Funktion, halte ich ihn für fundamental! Nicht um dem christlichen Glauben einen besonderen Einfluß zu sichern oder aus irgendwelchen Rücksichten auf die Kirche oder gar, um sich im Namen des abendländischen Christentums abzuschotten: nein, aus ureigenstem Interesse der Bürgerinnen und Bürger und der Menschen, die in Europa in der Politik besondere Verantwortung tragen, ist ein Gottesbezug in der Präambel nötig.

Das gilt schließlich auch für die vielen Menschen, die aus der Türkei oder anderen Ländern stammen und die inzwischen längst einen deutschen Paß haben. Als im Mai 1949 das Grundgesetz verabschiedet wurde, war kaum im Blick, daß in Deutschland einmal so viele Muslime leben werden. Trotzdem waren die Mütter und Väter unserer Verfassung damals klug genug, alle Aussagen zu religiösen Fragen so zu formulieren, daß die Begriffe für eine weite Auslegung zugänglich waren und nicht auf ein christliches Gottesverständnis begrenzt waren. Darum halte ich eine so offene Formulierung wie „in Verantwortung vor Gott“ auch für Angehörige anderer

